



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 28. Juni 2004 (01.07)
(OR. en, lv)**

10784/04

**COPEN 78
EJN 45
EUROJUST 58**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Frau Vineta MUIŽNIECE, Ministerin der Justiz der Republik Lettland
Eingangsdatum: 22. Juni 2004
Empfänger: Herr Charles ELSÉN, Generaldirektor, GD H, Generalsekretariat des Rates
Betr.: Rahmenbeschluss des Rates über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabe-
verfahren zwischen den Mitgliedstaaten
– Notifizierungen der Republik Lettland

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

gemäß Artikel 34 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten darf ich Ihnen mitteilen, dass die lettische Staatspräsidentin am 16. Juni 2004 ein Gesetz zur Änderung der lettischen Strafprozessordnung verkündet hat, mit dem die oben genannten Rechtsvorschriften der EU in lettisches Recht umgesetzt werden. Entsprechend der Verfassung der Republik Lettland (Satversme) wird das Gesetz am 30. Juni 2004 in Kraft treten.

Gleichzeitig möchte ich Ihnen mitteilen, dass nach Artikel 98 der derzeit geltenden lettischen Verfassung "ein lettischer Staatsangehöriger nicht an das Ausland ausgeliefert werden darf". Am 17. Juni 2004 hat das Parlament (Saeima) der Republik Lettland in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung der Republik Lettland angenommen; die darin enthaltenen Änderungen hinsichtlich der Auslieferung lettischer Staatsangehöriger (Artikel 98) werden es Lettland ermöglichen, Europäische Haftbefehle in Bezug auf lettische Staatsangehörige zu vollstrecken. Die dritte (und letzte) Lesung in der Saeima ist für September angesetzt; das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union wird ordnungsgemäß über den Termin der Annahme und den Termin des Inkrafttretens des Gesetzentwurfs informiert werden.

Beiliegend erhalten Sie einige weitere Informationen hinsichtlich der Notifizierungen und Erklärungen der Republik Lettland gemäß dem Rahmenbeschluss des Rates über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten. Beigefügt ist auch der Text - in lettischer Sprache - des Gesetzes zur Änderung der lettischen Strafprozessordnung in der im Gesetzblatt der Republik Lettland (Latvijas Vēstnesis) am 16. Juni 2004 veröffentlichten Fassung sowie ein Auszug aus der konsolidierten Fassung der lettischen Strafprozessordnung mit den Artikeln, die die Änderungen zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses und die entsprechenden Quellenangaben enthalten.

(Schlussformel)

(gez.) Vineta Muižniece

**Notifizierungen und Erklärungen der Republik Lettland
gemäß dem Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002
über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren
zwischen den Mitgliedstaaten
(2002/584/JI)**

Zu Artikel 6 Absatz 3 des Rahmenbeschlusses:

Zuständige ausstellende Justizbehörde (Artikel 6 Absatz 1)

Die Kreisgerichte (Stadtgerichte) sind für die Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls im Hinblick auf die Auslieferung von Personen zum Zweck der Strafverfolgung oder der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe zuständig.

Zuständige vollstreckende Justizbehörde (Artikel 6 Absatz 2)

Die Generalstaatsanwaltschaft ist dafür zuständig, über die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls zu entscheiden.

Zu Artikel 7 des Rahmenbeschlusses:

Zentrale Behörde der Republik Lettland:

Generalstaatsanwaltschaft
Kalapaka Boulevard 6, Riga,
LV-1801
Lettland

Tel.: +371 7044400

Fax: +371 7044449

e-mail: gen@lrp.gov.lv

Zu Artikel 8 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses:

Lettland akzeptiert einen in lettischer oder englischer Sprache ausgestellten Europäischen Haftbefehl.

Zu Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses:

Die Generalstaatsanwaltschaft ist für die Entgegennahme der Durchlieferungsersuchen und der erforderlichen Unterlagen sowie des sonstigen amtlichen Schriftverkehrs im Zusammenhang mit Durchlieferungsersuchen zuständig.
